

raltungsräte,  
richten auf total  
e 13

# WIRTSCHAFT

**BONUS** Bonuszahl  
freiwillig, können  
gen mutieren. Se

## Kontrolle wirkt präventiv

Im Kanton Bern wurden 2008 bereits über 2200 Arbeitsmarktkontrollen durchgeführt

*Die Inspektoren der Berner Arbeitsmarktkontrolle haben ihre Tätigkeit seit Jahresbeginn verstärkt und dabei rund 1100 vermutliche Verstösse in den Bereichen Lohn- und Sozialdumping sowie Schwarzarbeit festgestellt.*

PETER SCHAAD

«Unsere Aufgabe ist es, flächendeckend und in allen Branchen für Fairplay auf dem Arbeitsmarkt des Kantons Bern zu sorgen», sagt Jürg Jungi, Präsident des Vereins Arbeitsmarktkontrolle Bern (AMKBE). Der Verein wurde im Februar 2008 als Nachfolgeorganisation der vormals regionalen Kontrollvereine gegründet und hat seine Geschäftstätigkeit am 1. April aufgenommen. Die Kontrolltätigkeiten seien intensiviert worden, führte Jungi gestern an einer Informationsveranstaltung in Bern aus. 2007 sind bei 1530 Kontrollen 3270 Personen unter die Lupe genommen worden, im laufenden Jahr (bis 20. November) waren es bei 2234 Kontrollen bereits rund 5000 Arbeitnehmer.

### Rund 1100 Verstösse vermutet

Die acht Inspektoren – zwei Frauen und sechs Männer – leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der für allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge und des seit 2004 geltenden Entsendegesetzes (Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmer). Der AMKBE führt zudem im Kanton Bern die Kontrollen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit im Rahmen des Anfang 2008 in Kraft getretenen Bundesgesetzes gegen Schwarzarbeit durch. Bei den bisher

2234 Kontrollen im 2008 betrafen 1738 die flankierenden Massnahmen und 501 den Bereich Schwarzarbeit. Die Bilanz: Rund 1100 vermutete Verstösse bei 5000 kontrollierten Arbeitnehmern. Es sei aber falsch, von einer Missbrauchsquote von 20 Prozent zu sprechen, sagte Jungi, denn häufig würden bei einzelnen Arbeitnehmern Mehrfachverstösse festgestellt. Die verstärkte Kontrolltätigkeit habe aber auch eine präventive Wirkung.

Im Bereich der Schwarzarbeit hätten die vermehrten Kontrollen dazu beigetragen, dass die Zahl der vermuteten Verstösse angestiegen sei, so Jungi weiter. Sie betrafen vor allem die Bereich Sozialversicherungen und Ausländergesetzgebung. Ob die Vermutungen auch zu Sanktionen führten, konnte Jungi nicht sagen. Das liege nicht im Zuständigkeitsbereich der AMKBE. (Die Liste der wegen Verstössen ge-

gen das Entsendegesetz rechtskräftig sanktionierten Arbeitgeber findet sich auf der Internetseite des Staatssekretariats für Wirtschaft ([www.seco.admin.ch/themen](http://www.seco.admin.ch/themen)).

### Basis für Personenfreizügigkeit

Die meisten Wirtschaftsvertreter sind heute davon überzeugt, dass die kantonalen Arbeitsmarktkontrollen genügend Gewähr dafür bieten, negative Effekte der Personenfreizügigkeit mit der EU zu verhindern. Auch die Arbeitnehmervertreter befürworten in der Regel die Personenfreizügigkeit, betonen dabei aber stets die Bedeutung eines Vollzugs der flankierenden Massnahmen. Die Abstimmung vom 8. Februar 2009 berge insofern Risiken, als die Personenfreizügigkeit auf die Niedriglohnländer Bulgarien und Rumänien ausgedehnt werde, sagte gestern Corrado Pardini, Präsident der Ar-

beitsmarktkommission des Kantons Bern und Geschäftsleitungsmitglied der Gewerkschaft Unia. Die bisherigen Erfahrungen hätten zwar gezeigt, dass es nicht zur befürchteten Überschwemmung mit Arbeitskräften aus der EU gekommen sei. Die Übergangsfristen und die anfängliche Kontingentierung der Zuwanderung bewährten sich. Der rigorose Vollzug der flankierenden Massnahmen sei jedoch eine unabdingbare Voraussetzung, um Schwarzarbeit und Lohndumping zu verhindern. «Nur unter dieser Prämisse können wir die Personenfreizügigkeit unterstützen», sagte Pardini.

Im Kanton Bern seien die Voraussetzungen gegeben, in «anderen Kantonen» dagegen noch nicht. Das Seco sei deshalb aufgefordert, für den schweizweit flächendeckenden Vollzug der flankierenden Massnahmen zu sorgen.



Hier könnten Inspektoren nachfragen: Wurden diese Mitarbeiter korrekt angestellt? ADRIAN MOSER